

nachrichten

Umstrittene Reise nach Rangun

Dr. Zarni, Vorsitzender der *Free Burma Coalition* mit Sitz in New York, die in früheren Jahren zum Boykott gegen das Militärregime in Burma aufgerufen, im letzten Jahr aber einen Politikwechsel vollzogen hatte, besuchte Ende Mai und Anfang Juni 2004 sein Heimatland. Er sprach dabei mit einflussreichen Mitgliedern des militärischen Geheimdienstes. Ein Besuch bei Aung San Suu Kyi wurde ihm nicht gestattet. Diese Reise wurde von der burmesischen Exilgemeinde in aller Welt kontrovers diskutiert. Zarni begründete seine Reise damit, dass die Bemühungen um eine Veränderung der Situation in den vergangenen 16 Jahren ein Nullsummenspiel gewesen seien. Nun seien intelligente Lösungen auf der Grundlage von Gesprächen gefragt.

vgl.: Radio Free Asia 10.8.2004

EU-Handelsgespräche

Thailand weigerte sich bei der kontroversen Einbeziehung Burmas in die Handelsgespräche mit der Europäischen Union im Oktober 2004 einen Rückzieher zu machen. Nach einem Treffen mit dem Sondergesandten der Europäischen Union, Hans van den Broek, erklärte der thailändische Außenminister Surakiart Sathirathai, dass die Europäer ein 13-köpfiges Team aus Südostasien akzeptieren müssten, inklusive Burma. Die Europäische Union hat sich über Burmas Anwesenheit beim Asien-Europa Treffen (ASEM) in Vietnam beschwert, und das mit der Menschenrechtssituation und dem andauernden Hausarrest der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi begründet. Durch die Entsendung des früheren niederländischen Außenministers auf eine zehn-tägige Reise in die asiatischen Hauptstädte wurde jedoch Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Van den Broek ließ nach seinem Besuch in der thailändischen Hauptstadt nur wenig durchblicken. Er sagte nur, dass »ruhige Diplomatie« der Schlüssel zu einem erfolgreichen Abschluss der Gespräche sei. Auf die Frage, ob es nach dem Treffen mit der thailändischen Regierung Fortschritte gegeben habe, sagte er: »Wir werden auch weiterhin kooperieren. Wir sind beide

optimistisch.« Europa hatte ein Signal gefordert, dass das Militär Burmas, das das Land seit 1962 regiert, bereit sei, einen gewissen Grad an demokratischer Öffnung zuzulassen. Bisher gab es jedoch wenig Bewegung in Richtung einer Freilassung Aung San Suu Kyis. Der Streit bedroht das Stattfinden des Gipfeltreffens, das alle zwei Jahre durchgeführt wird und die Zusammenarbeit bei vielen Themen inklusive Handel, Terrorismusbekämpfung, Immigration und Menschenrechte verbessern soll.

Die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) sagte, dass seine neueren Mitglieder — Kambodscha, Laos und Burma — in das Gipfeltreffen mit einbezogen werden sollen, da auch die zehn neuen EU Mitglieder daran teilnehmen. Surakiart machte am Donnerstag auch keinerlei Rückzieher. »Wir bekräftigen nochmals, dass alle 13 Länder daran teilnehmen sollen.« »Ich habe gesagt, dass es mehrere Lösungen gebe und ich hoffe, dass wir einige finden können, die sowohl für ASEAN als auch für die EU akzeptabel sind. Wir suchen nach einer diplomatischen Lösung.« Die Auseinandersetzung hat bereits dazu geführt, dass zwei Vorbereitungstreffen abgesagt wurden.

vgl.: Agence France Presse, 22.7.2004

Shan-Führer tot

Im Alter von 65 Jahren verstarb der älteste Sohn des Shan-Fürsten und ersten Präsidenten Burmas, Sao Shwe Thaike, in Vancouver, Kanada an den Folgen eines Gehirntumors. Chao Tzang wurde am 26.4.1939 in Yawngghwe, der Hauptstadt eines Shan-Fürstentums, geboren. Seine Karriere als Dozent der englischen Sprache an der Universität Rangun wurde durch den Militärputsch vom März 1962 unterbrochen, bei dem einer seiner Brüder zu Tode kam. Ab 1963 war er führendes Mitglied der *Shan State Independence Army* (SSIA) und war Mitbegründer der *Shan State Progress Party*, dem politischen Arm der Armee. Mitte der 70er Jahre wurden er und andere Führer von den prokommunistischen Mitgliedern der Partei aus dem Amt gedrängt. Er ging nach Thailand und übersiedelte 1985 nach Kanada. Hier begann er eine zweite akademische Karriere, in der er sich mit Geschichte und Politik der Shan im Kontext der Geschichte Burmas beschäftigte. Gleichzeitig war er weiter politisch tätig und bemühte sich um einen Zusammenschluss von Vertretern der ethnischen Nationalitäten Burmas.

vgl.: Irrawaddy 26.7.2004

Studie über Straßenkinder

Der United Nations Children's Fund (UNICEF) plant später in diesem Jahr, 2004, eine Studie über Straßenkinder und arbeitende Kinder in Burma durchzuführen, mit dem Ziel Maßnahmen zu entwickeln, um Kinder vor Missbrauch und Ausbeutung jeglicher Art zu schützen. Nach einem Bericht in der Myanmar Times vergangenen Montag wird die UN-Agentur in Zusammenarbeit mit zwei burmesischen Ministerien, die für soziale Wohlfahrt, Wiederansiedlung und Arbeit zuständig sind, in drei Städten — Rangun, Mandalay und Patheingyi (Bassein) — eine Bewertung

durchführen, um die Lebensumstände und die Verwundbarkeit der Kinder gegenüber Missbrauch und Ausbeutung zu bestimmen. Die UN-Agentur hat in diesem Jahr einige Dutzend religiöse Mitarbeiter bzw. Sozialarbeiter, Lehrer und Verwalter in den zwei vorrangigen Städten ausgebildet, um Kinder zu schützen, um die sich niemand kümmert und die mit HIV/AIDS infiziert sind, so ein Beamter der Agentur. Außerdem wird von der UN-Agentur in Zusammenarbeit mit World Vision, einer internationalen Nichtregierungsorganisation, eine Studie über interne und

grenzüberschreitende Migration in fünf Gemeinden durchgeführt, um die Verbindung zwischen Migration und dem Problem des Menschenhandels zu kontrollieren, so der Beamte abschließend.

Währenddessen entwirft Burma auf der Grundlage der UN-Agenda »A World Fit for Children« aus dem Jahr 2002 einen Aktionsplan. Die Agenda umfasst 21 Ziele und rückt die Verstärkung von Bildungsangeboten in den Vordergrund. Damit soll der Kampf gegen HIV/AIDS und der Schutz der Kinder vor Missbrauch und Ausbeutung erreicht werden.

Die Ziele der Agenda sollen innerhalb der nächsten Dekade erreicht werden. Das UN-Komitee für die Rechte der Kinder hat Burma dazu gedrängt, die Bemühungen zu verbessern, die Prinzipien der UN-Konvention über die Rechte des Kindes (UNCRC) in die Gesetzgebung zu integrieren, so hieß es aus offizieller Quelle. Burma ist seit 1991 Unterzeichner der UNCRC. 1993 haben die Kinderrechte in Burma Gesetzeskraft erlangt und Kinderarbeit wurde verboten.

vgl.: Xinhua News Agency, 09.8.2004

Abkommen gegen Menschenhandel

Hohe Beamte aus China und aus 5 südostasiatischen Staaten haben ihre erste Gesprächsrunde beendet, die einen neuen Rahmen zum Kampf gegen den Menschenhandel in der Region abstecken soll. Mitarbeiter der Vereinten Nationen sprachen von einem substantiellen Fortschritt der Diskussionen, die hinter verschlossenen Türen stattfanden. Sie zielen darauf ab, die Basis eines Abkommens zu erarbeiten, das voraussichtlich von Kambodscha, China, Laos, Burma, Thailand und Vietnam unterzeichnet werden soll, wenn sich die Minister im Oktober 2004 in Rangun treffen. Die Teilnehmer des Treffens warteten jedoch auch, dass der Kampf gegen den Menschenhandel durch eine wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Region verlangsamt werden könnte, die zu einer Erleichterung der Zollvorgänge führt und die Eröffnung transnationaler Transportrouten mit sich bringt. »Das Treffen war sehr er-

folgreich, und eine Reihe von ersten Vereinbarungen wurde erreicht, die in einem nächsten Schritt in diesem Prozess diskutiert werden«, sagte Philip Robertson, Programmmanager der UN Behörde für Menschenhandel in der Mekong Subregion.

Zum ersten Mal kamen diese Länder zusammen, um das zu bekämpfen, was der thailändische Minister für soziale Entwicklung und menschliche Sicherheit, Sora-at Klinpratoom, zu Beginn der dreitägigen Gespräche als »moderne Art der Sklaverei« bezeichnete. Sollte in Rangun ein »memorandum of understanding« unterzeichnet werden, so wäre es das weltweit erste seiner Art, so Robertson. Schätzungsweise 80.000 Männer, Frauen und Kinder werden jährlich weltweit gehandelt, ein milliarden schwerer illegaler Handel. Die meisten Opfer des Menschenhandels werden schwer ausgebeutet, und viele werden sexuell missbraucht. Menschenhandel wird in Asien als

wachsende Krise betrachtet. Einige Länder in der Region wurden bereits schwer für ihr Scheitern kritisiert, das Ausmaß des Problems zu erkennen.

Der Top-Beamte der UN in Thailand sagte, dass, obwohl die Staaten, die sich an den Gesprächen beteiligten, eine zunehmende Anerkennung der Krise erkennen ließen, es doch noch ein weiter Weg bis zur Unterzeichnung eines Paktes sei. Wichtigster Punkt ist, inwiefern ein grenzüberschreitendes Rahmenwerk zwischen den sechs Staaten rechtlich bindend sein wird. UN-Repräsentant Robert England warnte davor, dass die sozioökonomische Entwicklung in Südostasien den Kampf gegen den Menschenhandel behindern könnte. »Regionale Entwicklung bedeutet für die Menschen eine enorme wirtschaftliche Möglichkeit. Doch die Vereinfachung der Mobilität, eigentlich gedacht zur Förderung der Wirtschaft und der Jobs, hat mit dem zuneh-

nachrichten

menden Handel von Menschen und Drogen auch eine soziale Schattenseite«, so England. Die Region, die von Geldgebern wie Japan und der Asiatischen Entwicklungsbank unterstützt wird, könnte unabsichtlich die Krise fördern, indem sie transnationale Straßen öffnet, Grenzkontrollen reduziert und die Zoll- und administrativen Prozesse erleichtert. »Solche Schritte würden es erleichtern, Mettamphetamine und Heroin, und mit Sicherheit auch, Menschen zu handeln. Entwicklung ist ein zweischneidiges Schwert«, so England.

vgl.: Agence France Presse, 30.7.2004

Internetzugang geplant

Die Myanmar Information and Communication Technology Development Corporation (MICTDT) plant für August 2004 den Beginn eines Projekts, das den öffentlichen Zugang zum Internet verbessern soll. Im Rahmen dieses Projekts sollen in über 300 Gemeinden Zentren für öffentlichen Internetzugang eröffnet werden, so U Aung Zaw Myint, der Geschäftsführer des Unternehmens. Nach seiner Auskunfts begannen die Planungen für dieses Projekt – eines aus einer Reihe von Regierungsprojekten zur Förderung des Lernens mittels elektronischer Medien – Anfang Juli. Ein Unterausschuss, das gegründet wurde, um diese Projekte umzusetzen, soll die Eröffnung der Zentren überwachen.

U Aung Zaw Myint sagte, dass es drei Arten von Zentren geben werde, die Investitionen zwischen fünf Millionen und zehn Millionen Kyat erfordern, das sind nach dem inoffiziellen Wechselkurs etwa 5.000 bis 10.000 Euro. Der Plan sieht vor, dass die ersten zehn Zen-

tren durch die MICTDT geleitet werden, der Rest soll durch den privaten Sektor unterhalten werden. Die Ausstattung für jedes Zentrum soll durch die Bevölkerung und den Entwicklungsstand der jeweiligen Gemeinde bestimmt werden. Angestellte werden in den Zentren denjenigen helfen, die noch keine Erfahrung mit dem Internet haben. Die kleineren Zentren werden mit zwei Computern und einem Drucker ausgestattet sein und sind für die abgelegeneren Gebiete gedacht. Die teureren Zentren, die eine Investition von zehn Millionen Kyat erfordern, werden über etwa zehn Computer und einen Drucker verfügen. Die fortschrittlichsten Zentren werden mit Multimedia- und Satellitenfernsehanlagen ausgestattet und werden mehr als zehn Millionen Kyat kosten, abhängig davon, welchen Service sie zur Verfügung stellen.

vgl.: Myanmar Times, 12.7.2004

Kampagne gegen ASEAN-Vorsitz

Südostasiatische Menschenrechtsaktivisten bezeichneten Burma als »Mühlstein um ASEANs Hals«. Sie starteten eine Kampagne, um zu verhindern, dass der militärregierte Staat 2006 den Vorsitz der regionalen Gruppierung übernimmt. Burma trat 1997 der »Association of Southeast Asian Nations« (ASEAN) bei und soll turnusgemäß in zwei Jahren den Vorsitz der Gemeinschaft von Malaysia übernehmen. Doch schwere Bedenken bezüglich der Menschenrechte, ein Mangel an politischen Reformen und die andauernde Inhaftierung der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi haben die Aktivisten dazu veranlasst, die Führung der ASEAN dazu zu drängen, Rangun die Leitung zu verwehren. »Es wird immer offensichtlicher, dass der Staatliche Friedens- und Entwicklungsrat, der Burma regiert, gelogen und sein Versprechen an die ASEAN über wirtschaftliche und politische Reformen gebrochen hat«, hieß es in einem gemeinsamen Brief von 13 Gruppen an die regionalen Regierungschefs. »Das bur-

mesische Regime hat sich durch die andauernde direkte Bedrohung der regionalen Sicherheit und dadurch, dass sie die Glaubwürdigkeit der ASEAN und ihre Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft aufs Spiel setzt, zum Mühlstein um ASEANs Hals entwickelt«. Die Kampagne startete nur wenige Tage vor dem 37. Geburtstag ASEANs, die am 8. August 1967 in Bangkok gegründet wurde.

Die Aktivisten-Gruppen, die Forum Asia, Altsean Burma und die Burma Campaign UK umfassen, betonten ihre Bedenken bezüglich Burmas Missbrauchs der Menschenrechte, inklusive sexuelle Gewalt, Folter, Rekrutierung von Kindersoldaten, Missmanagement in der Wirtschaft und die weitreichende Herstellung von Drogen, die von der Junta geduldet wird. »Wir bezweifeln stark, dass die internationalen Regierungen kein Problem damit haben, an Treffen mit der ASEAN teilzunehmen, deren Vorsitz ein brutales Regime innehat«, hieß es in dem Brief weiter.

vgl.: The Nation, 06.8.2004